

# Lampertheimer Zeitung vom 14.05.2005

## "Kosten und Nutzen werden abgewogen"

### Ortsbeirat von Neuschloß überlässt Thema Straßensanierung den städtischen Gremien

NEUSCHLOSS Die städtischen Gremien sollen es richten. Der Ortsbeirat von Neuschloß verständigte sich wegen der Straßensanierung auf eine allgemeine Empfehlung. Präzisere Vorgaben seien nicht möglich, betonte Ortsvorsteher Gottlieb Ohl. "Dafür fehlen uns weiter gehende Informationen und Sachverstand."

So nahm Bürgermeister Erich Maier diesen Wunsch mit in den Magistrat: "Der Ortsbeirat Neuschloß empfiehlt dem Magistrat, dem Haupt- und Finanzausschuss, dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung, die betroffenen Straßen so zu sanieren, dass Folgelasten beim Eingriff in die unterirdischen Leitungssysteme ausgeschlossen werden."

Dem Ortsbeirat lag, wie in unserer gestrigen Ausgabe bereits berichtet, ein von der Verwaltung ausgearbeiteter Beschlussvorschlag vor. Er definiert vier Varianten für die Sanierung der Straßen im kontaminierten Teil von Neuschloß.

Das Land Hessen bezahlt lediglich die im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen an den Straßen entstandenen Schäden und stellt dafür 2,08 Millionen Euro bereit. Weil eine grundlegende Sanierung der Straßen diesen Betrag deutlich übersteigt, muss nach aktueller Vertragslage die Kommune die Mehrkosten finanzieren.

Nach den vom Land angestellten Kostenschätzungen müssen zwischen 5,88 (Variante 2) und 11,42 (Variante 4) Millionen Euro aufgewendet werden. Abzüglich des "Landesbeitrages" blieben an der Stadt zwischen 3,80 und 9,34 Millionen Euro hängen. Diese Beträge könnten durch Nutzung eigener Ressourcen und "Beteiligung Dritter" um jeweils bis zu 2 Millionen Euro reduziert werden, meinte Diplom-Geologe Stephan Frech von der Bodenschutzabteilung der Stadt Lampertheim.

Während die Variante 1 ("Herstellung des ursprünglichen Zustandes") wegen des Verzichts auf den Austausch schadstoffbelasteter Erde nicht zur Debatte steht, wird die politische Entscheidung zwischen Variante 2 (Austausch kontaminierter Erde im Bereich der Trassen für Versorgungsleitungen bis in eine Tiefe von 1,4 Meter und Verlegung der Versorgungsleitungen in schadstofffreiem Erdreich) und den Varianten 3 und 4 fallen.

Die städtische Bodenschutzabteilung nennt die Variante 3 "unter Abwägung des Kosten-Nutzen-Effekts die Optimallösung". Sie erlaube ein freies Arbeiten im gesamten Straßen- und Gehwegeraum bis zu einer Tiefe von 1,40 Meter. Lediglich Eingriffe im Bereich der tief liegenden Abwasserkanalisation seien weiterhin unter Einhaltung der entsprechenden Schutz- und Entsorgungsmaßnahmen durchzuführen. Die Variante 4 schließt den Austausch des belasteten Bodens bis auf die Sohle der Kanalisation ein.

"Mindestens Variante 3", forderte Ruth Jacoby, während Ortsvorsteher Ohl eine Mischung der Varianten 2 und 3 präferierte. Manfred Reipa hätte am liebsten die Sanierung bis zur

Sohle der Kanalisation. Müsse der Kanal irgendwann einmal saniert werden, "sitzen wir wieder auf den Kosten". Ob die Anlieger zur Kasse gebeten werden, müsse "juristisch sehr genau geprüft werden", betonte der Bürgermeister, und Carola Biehal vom Projektbeirat Altlastensanierung Neuschloß (PAN) forderte vor weiteren Diskussionen die Klärung der für die Anwohner wichtigen Kostenfrage. An die Kommunalpolitiker appellierte sie, "treffen Sie Ihre Entscheidung zum Wohle der Bürger von Neuschloß".

Die eigentliche Sanierung gehe trotz einiger Koordinationsmängel ("manche Arbeiten werden doppelt gemacht") gut voran, sagte die PAN-Sprecherin. Jetzt gehe es darum, aus den Fehlern zu lernen, damit "es in Zukunft besser gemacht werden kann".

Auf der Deponie in Hüttenfeld wird kein Erdaushub aus Neuschloß abgeladen. Der Altlastenbeirat hatte sich mit Fragen der Transportkostenminimierung befasst und Alternativen überlegt. Das Regierungspräsidium in Darmstadt als zuständige Genehmigungsbehörde hatte solchen Überlegungen eine Absage erteilt. Ruth Jacoby wunderte sich über die aufgekommene Idee, Bodenaushub nach Hüttenfeld zu karren und schoss Breitseiten gegen den ZAKB. "Was dort passiert, ist nicht ordnungsgemäß. Das kann ich beweisen."

Bürgermeister Maier informierte, dass der Boden aus Neuschloß zu einer Deponie in die Nähe von Köln und nicht mehr nach Hünxe/Westfalen transportiert werde. Die damit verbundene Kostenreduzierung betrage bis zu 60 Prozent.

"Noch einmal" soll über den Bolzplatz in Neuschloß ein Ballfangnetz gespannt werden. Weil seither alle Netze kurz nach der Montage mutwillig zerstört worden waren, verständigte sich der Ortsbeirat auf diesen "letzten Versuch".